

**TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE**

F/XXIII/232

Bonn, den 6. Dezember 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	<u>Schwächen der Entwicklungshilfe</u> Steigender Mangel an Experten Von Georg Kahn-Ackermann, MdB	98
3	<u>Eine konkrete Frage an Athen</u> Sechs Abgeordnete der Zentrumsunion verschleppt	31
4	<u>Nicht auf Kosten der Gemeinden</u> Steuervergünstigungen dürfen nicht die Schwächsten treffen	44
5	<u>Bornierte Obstruktion</u> Der bayerische Kultusminister Huber und die Rektoren	49

## Schwächen der Entwicklungshilfe

---

### Steigender Mangel an Experten

Von Georg Kahr-Ackermann, MdB

Seit einigen Monaten beginnen sich Säle und Veranstaltungsorte bis zum letzten Platz zu füllen, wenn über Entwicklungspolitik referiert und diskutiert wird. Dieses Phänomen weist darauf hin, daß die deutsche, von offenbar nicht zu verwirklichenden Europa-Illusionen frustrierte Öffentlichkeit sich zunehmend unseren Beziehungen zur Dritten Welt annimmt. Aber das ist nur eine von mehreren Ursachen, welche die Entwicklungspolitik langsam, aber unverkennbar, näher an das Zentrum der politischen Diskussion in Deutschland heranschieben.

Diese breitere öffentliche Diskussion setzt in einem Augenblick ein, in dem die Mittel für die Aufgaben der Entwicklungshilfe, soweit sie im Haushalt des Bundes ausgewiesen sind, einerseits hinter begründeten Erwartungen zurückbleiben, andererseits jedoch die nötigen organisatorischen und personellen Voraussetzungen für eine noch umfangreichere Hilfe der Bundesrepublik fehlen.

Seit Jahren gilt in der Haushaltspolitik des Bundes, daß Erweiterungen der Stellenpläne und eine Vermehrung des Personals öffentlicher Verwaltungen eine schwere Sünde gegen die Gebote wirtschaftlicher und sparsamer Haushaltsführung sind.

Es gibt indessen zwei Bereiche, in denen die Anwendung dieser Grundsätze mit steigendem Haushaltsvolumen nicht nur zu unwirtschaftlichen, sondern geradezu zu politisch schädlichen Folgen führt. Es handelt sich hierbei um gewisse Bereiche unserer auswärtigen Politik und um den Sektor der Entwicklungshilfe, in denen steigende Zuwendungen und vermehrte Kredite nur durch die Mitarbeit und Verwendung einer jeweils entsprechend großen Zahl von Planern, Experten und Beamten eine effektive Verwendung finden kann.

In dieser Hinsicht befinden wir uns mit den Operationen staatlicher Entwicklungshilfe in Bonn an einem Wendepunkt. Sowohl die organisatorischen als auch die personellen Voraussetzungen reichen für eine sorgfältig geplante und effektive Durchführung unserer bilateralen, teilweise auch der multilateralen, Entwicklungshilfsmaßnahmen nicht mehr aus.

Die organisatorischen Probleme spiegeln sich nicht nur in der bedrückenden Abnahme von Freiwilligen für die deutschen Entwicklungsdienste, denen jetzt mit dem neuen Entwicklungshelfergesetz und umfangreicheren Werbemaßnahmen gesteuert werden soll, sondern auch in der wachsenden Schwierigkeit für die Bundesregierung, ausreichend Experten für ihre weltweiten Operationen der technischen Hilfe zu finden. Sie spiegeln sich ferner in dem fühlbaren Mangel an hochqualifizierten deutschen internationalen Beamten, unter dem vor allem das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit selbst leidet. Schuld an dieser Entwicklung tragen gewisse aus der innerdeutschen Beamtenpolitik resultierende Maximen, welche frühere Bundesregierungen seit 1957 an einer notwendigen und ausreichenden Förderung deutscher Beamter in internationalen und supranationalen Institutionen gehindert hat. Der neue Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Dr. Erhard Eppler,

hat diese Schwäche der deutschen Entwicklungspolitik rasch erkannt. Aber ohne die bisher nicht festzustellende Einsicht seiner Kollegen im Innen- und im Finanzministerium, diesen Mangel durch unorthodoxe Methoden zu beheben, wird da kaum Abhilfe geschaffen werden können.

Schließlich ist auch die die gegenwärtigen Schwierigkeiten verschärfende Einsicht nicht neu, daß man nicht, wie ursprünglich konzipiert, deutsche mit deutschen Experten bemannte Projekte der technischen Hilfe nach wenigen Jahren dem Gastland in eigener Zuständigkeit übergeben kann, sondern sie nahezu permanent weiterführen muß. Aber nach wie vor scheut sich die Bundesregierung überwiegend aus materiellen Gründen, die Tatsache anzuerkennen, daß die Mehrzahl der deutschen Experten zehn bis zwanzig Jahre an ihrem Wirkungsort bleiben oder für diese Zeitspanne in einem Rotationsverfahren ausgetauscht werden müssen.

Mit anderen Worten: Die Ablehnung der Bundesregierung, für Experten in der Entwicklungshilfe, die ja letztlich im Auftrag der öffentlichen Hand arbeiten, den Angestellten des öffentlichen Dienstes vergleichbare Laufbahnen und Versorgungsvorkehrungen zu schaffen, macht jeden Einsatz draußen zu einem beruflichen Risiko und summiert sich schließlich zu der ständig wachsenden Unlust, sich kurzfristig dem Bund zum Dienst in Übersee zu verdingen. Daß die mit der Betreuung der Experten beauftragte und als ihr Vertragspartner fungierende Institution, die GAWI, schwer versagt hat und weiter versagt, erschwert die Dinge. Es muß bis heute unverständlich bleiben, daß die GAWI nicht dem Ministerium nachgeordnet ist, das für die technische Hilfe verantwortlich ist, nämlich dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Der Umfang unserer technischen Hilfe, ja unserer Entwicklungshilfe im Ganzen, erfordert indessen gebieterisch, daß die Ende der fünfziger Jahre entstandenen, leider jede politisch wie wirtschaftlich rationelle Durchführung der Entwicklungshilfe gefährdenden und hemmenden Zuständigkeitsregelungen neu überdacht und neu geordnet werden.

Auch in diesem Jahr wird unsere Kapitalhilfe trotz mehrfacher Mahnungen zur Konzentration erneut regional ausgeweitet. Und das, obwohl zahlreiche Ansätze für die Kapitalhilfe an unsere wirtschaftliche und politisch wichtigen Partnerländer aus Mangel an Masse unter der Grenze der wirtschaftlichen Erwartungen dieser Länder bleiben. Man muß die neuen Engagements an für die Bundesrepublik in jeder Hinsicht peripheren Plätzen mit einiger Sorge sehen, weil man den Verdacht nicht los wird, daß sich in solchen Planungen entwicklungspolitische Konzepte von Beamten aus den dafür zuständigen interministeriellen Ausschüssen niederschlagen, die schon seit längerem überholt sind und die man auch in keiner programmatischen Erklärung des gegenwärtigen Ministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit, noch seines Vorgängers, findet. Diese überholte Politik findet auch keine Rechtfertigung in offenbar nicht immer zutreffenden Meldungen über angebliche Zusicherungen von Kapitalhilfe, wie sie der Bundeskanzler bei seinem Besuch in Spanien gemacht haben soll.

Unserer Kapitalhilfe fehlt es an Geld - mindestens 200 Millionen. Unserer technischen Hilfe fehlt es an Menschen - draußen in den Projekten, aber auch in der Administration, wo geplant wird, und es fehlt der technischen Hilfe auch an Mitteln für neue Projekte. Überdies muß die operative Ausführung eines Zweieinhalb-Milliarden-Budgets durch organisatorischere Zusammenarbeit innerhalb der Ressorts der Bundesregierung besser gesichert werden, als dies bisher der Fall war.

Eine konkrete Frage an Athen

Sechs Abgeordnete der Zentrumsunion verschleppt

sp. - Es liegen Dokumente vor, die beweisen, daß die griechische Militärregierung seit Monaten sechs Abgeordnete der Zentrumsunion, der Partei des kürzlich verstorbenen Georg Papandreou, verschleppt hat. Es sind der ehemalige Staatssekretär für Presse und Information und spätere Kultusminister im Kabinett Papandreous, Georg Mylonas, und die Abgeordneten Johannes Alevras - früherer Vorsitzender der Bankangestellten-Gewerkschaft -, Johannes Charalambopoulos, Takis Katsikopoulos, T. Kephallinos und Charis Manavis. Außerdem wurde auch der frühere Generaldirektor des Presse- und Informationsamtes Georg Kavounidis, der der Weltpresse durch seine 20-jährige Tätigkeit bekannt ist, auf eine Insel deportiert.

Obwohl der Ex-Minister Mylonas im August einen Herzinfarkt erlitten hatte, wurde er auf die Insel Amorgos gebracht, wo keine klinische Behandlung möglich ist. Seine Angehörigen dürfen ihn nicht besuchen. Die fünf anderen Abgeordneten wurden auf die Insel Levkas deportiert, wo sie umgerechnet eine DM pro Tag an Unterstützung erhalten und völlig von der Außenwelt abgeschnitten sind. Im Winter ist die Lage auf der Insel schrecklich, da es den deportierten und in Polizeigewahrsam befindlichen Personen an den notwendigsten Voraussetzungen für ein erträgliches Leben fehlt.

Wir stellen eine klare Frage an die Athener Regierung: Warum wurde die Deportation dieser Abgeordneten angeordnet? Sind sie von einem Gericht verurteilt worden, und wenn ja, von welchem? Denn wir haben nie von einem Prozeß gegen diese namhaften griechischen Politiker gehört. Sind sie auf Befehl der Regierung verhaftet und deportiert worden? Mit welchem Recht hat man sie monatelang ihrer Freiheit beraubt und ihre Gesundheit gefährdet?

Wir erwarten auf unsere Fragen eine klare, genaue Antwort, wobei das Regime wissen soll, daß Schweigen ein Eingeständnis seiner Schuld bedeuten und den völligen Mangel an Gründen für die unmenschliche Behandlung der griechischen Politiker offen zeigen wird.

Nicht auf Kosten der Gemeinden

Steuervergünstigungen dürfen nicht die Schwächsten treffen

Von Dr. Heinz Kreutzmann, MdB

Die Bemühungen, Industrie im Zonenrandgebiet anzusiedeln, wären ohne ein System gezielter Hilfen nie so erfolgreich geworden, als sie es vielfach waren. Diese Hilfen hat man nicht gewährt, um die Reichen noch reicher zu machen. Sie sind eine Förderung des Raumes und seiner Menschen und nichts anderes. Ihre Zusammensetzung ist denn auch unterschiedlicher Art. Unterschiedlich sind auch die Nutznießer oder die, die Lasten dieser Vergünstigungen zu tragen haben.

Direkter Nutznießer der Förderung ist die Bevölkerung des Zonenrandgebietes bei der Erstattung von Umwegfahrten, bei den Sonderwohnungsbauprogrammen und bei den gegenüber dem Inland niedrigeren Sätzen für Wassergeld und Abwassergebühren. Indirekter Nutznießer ist sie bei allen Maßnahmen der Infrastruktur, ganz gleich, ob es sich um den Ausbau der Verkehrswege, die Errichtung von Dorfgemeinschafts- und Bürgerhäusern oder um schulische Einrichtungen handelt. Nutznießer sind Bürger und Gemeinden auch bei Beihilfen zur Industrieansiedlung, wie der Erschließung von Industriegebiete und der Gewährung von zinsgünstigen Krediten zur Industrieansiedlung.

Aber nicht alle Maßnahmen zur Zonenrandförderung sind für die Gemeinden nur von der erfreulichen Seite her zu sehen. Das gilt besonders für die den Unternehmen gewährten steuerlichen Vergünstigungen. Besonders für kleinere Gemeinden und Gemeinden, deren Wohl und Wehe von den Steuerleistungen eines oder zweier Großbetriebe abhängt, bergen die steuerlichen Sonderabschreibungen manche Gefahren für sich. Sie sind kaum oder selten in der Lage, ihre Steuereinnahmen genau vorauszuberechnen. Nicht selten stehen sie vor der Tatsache, Vorauszahlungen zurückerstatten zu müssen, während sie ihre Kreisumlage bereits gezahlt haben. Oder sie müssen feststellen, daß ihr auf den Steuerzahlungen der Vorjahre aufgebauter Haushalt sich als unrealistisch erweist, weil die Steuereingänge aufgrund der Sonderabschreibungen beträchtlich unter den Schätzungen liegen und damit das ganze Finanzgefüge der Gemeinde durcheinanderbringen.

Wir haben nicht den Eindruck, daß dieses Problem bisher bei den Beratungen zur Finanzreform gesehen wird. In der Kommunalabteilung des hessischen Innenministeriums hat man es schon lange erkannt und ist der Meinung, daß hier Abhilfe geschaffen werden müßte. In Gemeinden mit stärkerer industrieller Bestückung und einer ganzen Anzahl von Betrieben mag es vielleicht auch nicht so akut sein, in Gemeinden, die von einem oder zwei Betrieben abhängig sind, können diese Sonderabschreibungen alle Planungen über den Haufen werfen und die ganze Kommunalpolitik durcheinanderbringen. Hier ist es dringend erforderlich, Abhilfe zu schaffen. Den letzten, die Gemeinden, dürfen nicht die Hunde beißen. Vielleicht läßt sich über eine Verbesserung des kommunalen Finanzausgleiches hier Abhilfe schaffen. Daß das gerade im Zonenrandgebiet notwendig ist, braucht wohl nicht betont zu werden!

### Bornierte Obstruktion

#### Der bayerische Kultusminister Huber und die Rektoren

J.B. - Man liest's und staunt nicht, weder über die bayerischen Hochschulrektoren noch über den Anlaß ihres Protestes, nämlich die Halbreform des Kultusministers Huber. Die Magnifizenzen teilen ihren Ärger in der Tat mit ihren hessischen Kollegen, mit anderen am Problem Interessierten freilich nur scheinbar, denn was ihnen im Huber-Entwurf zuviel ist, bedeutet anderen zuwenig. Bezeichnenderweise richtet sich die Rektorenschelte aber gerade gegen diejenigen Punkte, über welche bei der Mehrheit der Beteiligten zweifellos Einigkeit besteht: Das Präsidialsystem, welches die bisherigen Honoratiorenverwaltung ablösen soll, die Fachbereiche, in denen eine sinnvollere und effektivere Kooperation einzelner Wissenschaftszweige gewährleistet ist, die Studentenschaft als rechtsfähige Körperschaft, die als solche die Belange der Studierenden wirkungsvoller vertreten kann. Das alles wurde am 3. Dezember 1968 von der bayerischen Rektorenkonferenz ohne Gegenstimme verworfen. Nicht auszuwenden, welches Verdikt ergangen und welche Maßnahmen (Rücktritte!) getroffen worden wären, hätte Huber weitere wesentliche Probleme in Angriff genommen: die Struktur des akademischen Lehrkörpers (die freilich ohne ein Bundesgesetz nicht geändert werden kann), die Beteiligung an den Selbstverwaltungsorganen, die Studienreform u.a.m.

Was für Hessen recht war, sollte für Bayern billig sein, obwohl man am Salvatorplatz mit den Ordinarienprivilegien weit schonender umgegangen ist als in Wiesbaden. Die Vermutung erscheint gerechtfertigt, daß das sogenannte "Marburger Manifest" vom 30. April 1968 doch noch zu offiziellen Ehren gelangen wird, sofern auch solche akademischen Lehrer sich danach richten, die es nicht unterschrieben haben. In dieser verblasenen Polemik, die sich - was die Qualität der Argumente betrifft - nicht einmal mit dem verrücktesten studentischen Pamphlet messen kann, heißt es: "Ein auffälliger Einwand gegen die Anwendung der sogenannten Demokratisierung auf die Universität scheint uns die Tatsache zu sein, daß kein anderer Kulturstaat der Erde außer der Bundesrepublik und der Volksrepublik China auf den Gedanken kam, eine so kostbare und kostspielige Institution wie die Universität und die an ihr bestehende Organisation von Forschung und Lehre zu "demokratisieren". Das ist es. Der Staat (!) demokratisiert und reglementiert, und die Rektoren als Interessenvertreter der Ordinarienuniversität werden nicht gefragt. Als ob sie mit wirklichen Reformvorschlägen hervorgetreten wären oder in der Praxis mehr als das Unumgängliche zustande gebracht hätten.

In diesen Zeiten Kultusminister zu sein ist wahrlich kein Vergnügen. Den Kultusministern allein nämlich scheint die Hochschulreform noch ein echtes Anliegen zu sein. Auf der anderen Seite - denn so verläuft schon fast die Front - übt man sich in revolutionsseeliger Besetzungspolitik, im Hin- und Herschieben des bewußten Schwarzen Peters oder - wie es den Anschein hat - in bornierter Obstruktion. Man sollte jedoch nicht vergessen, daß eine leistungsfähige und demokratische Hochschulverfassung nicht nur Sache von Professoren und Studenten ist. Die gesamte Öffentlichkeit hat ein begründetes Interesse an der baldigen Realisierung der anstehenden Reformen. Wer die Sache durch sinnlose Aktionen oder unbegründete Ablehnung sabotiert, sollte damit rechnen müssen, daß man ohne ihn handelt.